

A4 Kapitel 3: Verwaltung stärken und in die Zukunft investieren

Gremium: Kreisvorstand
Beschlussdatum: 20.04.2016
Status: Modifiziert

1 3.1 Verwaltung erneuern und modernisieren

2 Die Verwaltung soll für die Menschen da sein. Doch ein Termin beim Bürgeramt,
3 Heiraten am Samstag oder Elterngeld bevor die Elternzeit vorbei ist, wurden in
4 den letzten Jahren für viele Berlinerinnen und Berliner zum Glücksspiel. Das ist
5 die Folge der Personalpolitik von SPD und CDU im Bezirk und im Land, durch die
6 unser Bezirk in fünf Jahren 220 Vollzeitstellen einsparen muss und musste.
7 Dadurch hat unser Bezirk auch mit verlorenen Einnahmen, ungenutzten
8 Förderprogrammen und höheren Sozialausgaben durch mangelnde Kostenkontrolle zu
9 kämpfen. Während andere Bezirke Ausnahmen ausgehandelt oder den Personalabbau in
10 der Praxis abgeschwächt haben, hält der Bezirksbürgermeister stur am
11 Personalabbau fest. Damit muss Schluss sein: Wir Grüne werden uns einem
12 konzeptlosen Personalabbau weiterhin entgegenstellen, damit die Verwaltung
13 endlich wieder in allen Bereichen ihre Aufgaben erledigen kann.

14 Der Personalabbau, die steigende Arbeitsbelastung und ein hoher Krankenstand
15 machen die Arbeit in der Bezirksverwaltung für Berufsanfängerinnen und -anfänger
16 immer unattraktiver. Da der Verwaltung ein Generationswechsel bevorsteht und die
17 Dienstleistungen durch neue digitale Möglichkeiten angeboten werden sollen,
18 brauchen wir neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und den Schwung und die Ideen
19 junger Menschen. Um attraktivere Arbeitsplätze zu schaffen, wollen wir zum
20 Beispiel flexiblere Arbeitszeiten oder Home Office ermöglichen. Durch eine
21 Ausbildungsinitiative möchten wir junge Menschen für eine Laufbahn in der
22 Verwaltung begeistern. Dafür werden wir auch auf die Hochschulen und
23 Universitäten zugehen, um Studierende schon während ihrer Ausbildung für eine
24 Arbeitsstelle in der Bezirksverwaltung zu gewinnen.

25 Für unsere Verwaltung brauchen wir die qualifiziertesten Köpfe. Dafür müssen die
26 Stellenbesetzungen transparent und zügig durchgeführt werden. Verfahren, die
27 mehrere Monate dauern, strapazieren die Geduld der Bewerberinnen und Bewerber
28 und sind nicht konkurrenzfähig. Hier wollen wir Bürokratie abbauen und
29 freihändige Stellenbesetzungen beenden, um Vetternwirtschaft auszuschließen.
30 Stattdessen wollen wir erste Versuche von anonymisierten Bewerbungsverfahren im
31 Bezirksamt ausbauen. Für uns zählen Ausbildung, Fähigkeiten und Motivation und
32 nicht, wer wen mit welchem Parteibuch kennt.

33 Um die Verwaltung an die heutigen Anforderungen der Menschen in unserem Bezirk
34 anzupassen, werden wir die Möglichkeiten ausbauen, von zuhause aus online
35 Verwaltungsleistungen in Anspruch zu nehmen. Dies gehört für uns zu den
36 Voraussetzungen einer modernen Großstadt. Für Familien setzen wir auf
37 Familienbüros, bei denen alle Leistungen des Staats gebündelt von einer Stelle
38 beantragt werden können.

39 3.2 Investitionsmittel sichern und erhöhen

40 Durch die Vorgaben des Berliner Senats musste unser Bezirk viele Jahre
41 zusätzlich sparen, weil unser Bezirk im Vergleich zu anderen Bezirken
42 beispielsweise mehr Kosten je Schüler*in aufwendet. Dadurch bestraft das Land

43 Berlin die Bezirke, die ungünstige Voraussetzungen wie große Schulgebäude mit
44 hohen Unterhaltungskosten haben oder die auf Qualität anstatt auf Quantität
45 setzen. Für die „Haushaltssanierung“ nutzten SPD und CDU finanzielle Mittel, die
46 für wichtige Investitionen vorgesehen waren. Das Ergebnis sehen die
47 Anwohner*innen an jeder Ecke: Der Bezirk ist zwar „schuldenfrei“, nimmt dafür
48 aber alleine an den Schulen einen Sanierungsstau von 120 Millionen Euro in Kauf.
49 Von den allein in 2016 „eingesparten“ drei Millionen Euro Investitionsgeldern
50 hätten an zwölf Schulen Toiletten saniert werden können. Das Geld fehlt aber
51 auch den Berliner Bauunternehmen und Handwerksbetrieben, die mit diesen
52 Aufträgen neue Arbeitsplätze hätten schaffen können.

53 Im Jahr 2015 haben wir zusätzlich sechs Millionen Euro für die Grundsanierung
54 der Schulen erstritten. Doch hier muss sich angesichts des riesigen
55 Sanierungsstaus noch viel mehr bewegen. Dafür wollen wir in Zukunft neue Wege
56 gehen: Anders als bisher wollen wir nationale und europäische Förderprogramme
57 nutzen, um die Probleme in unseren Kiezen besser und schneller zu lösen und um
58 mehr Mittel für Investitionen nutzen zu können. Um diese Mittel beantragen und
59 verwalten zu können, wollen wir qualifiziertes Personal anstellen.

60 3.3 In die Zukunft investieren

61 Wir wollen nicht an Zukunftsinvestitionen sparen, sondern unsere Verwaltung so
62 modernisieren, dass alle Abteilungen wirtschaftlich arbeiten - vom Ordnungsamt
63 bis zum Schulamt. dort, wo unser Bezirk unwirtschaftlich arbeitet wie
64 beispielsweise im Ordnungsamt. Außerdem möchten wir uns dafür einsetzen, dass
65 Bezirke nicht mehr finanziell benachteiligt werden, nur weil sie größere
66 Klassenzimmer oder viele Schulkinder haben, deren Muttersprache nicht Deutsch
67 ist.

68 Wir wollen, dass Schulen, Bibliotheken, Parks, Sportanlagen, Jugendeinrichtungen
69 und Bürogebäude schneller und umfangreicher saniert werden – für die, die sie
70 nutzen und für die, die darin arbeiten. Deshalb möchten wir dafür sorgen, dass
71 in den kommenden Jahren deutlich mehr Geld verbaut wird, damit sich Schulkinder
72 wieder auf die Toiletten trauen oder Sportanlagen wieder gefahrlos genutzt
73 werden können. Denn weitere fünf Jahre verantwortungslose Sparpolitik werden
74 nicht nur unsere Kinder doppelt bezahlen müssen: heute als Schülerinnen und
75 Schüler, die in maroden Schulen lernen müssen, und morgen als Steuerzahlerinnen
76 und -zahler. Wir wollen die strukturellen Probleme angehen, um die Grundlagen
77 für unsere Zukunft zu schaffen.

78 3.4 Wirtschaftlichen Aufschwung fördern und Perspektiven eröffnen

79 Die Wirtschaft in unserem Bezirk boomt und wir sehen große Chancen in dieser
80 Dynamik. Dafür brauchen wir eine moderne Wirtschaftsförderung, welche die
81 Gründerszene ebenso in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt wie die kleinen
82 Handwerksbetriebe in den Kiezen. Deshalb wollen wir diesen Bereich personell
83 stärken und dafür sorgen, dass die Verwaltung Unternehmen bei ihren Problemen
84 wie unkoordinierte Baustellen vor der Ladentüre, dem Fachkräftemangel oder
85 Maßnahmen im Bereich der Ressourceneffizienz weiterhilft. Für uns ist
86 bezirkliche Wirtschaftspolitik ein Querschnittsthema: von guten Schulen, welche
87 die Fachkräfte von Morgen ausbilden, über die klassische Förderung von Start-Ups
88 und den kleinen und mittelgroßen Unternehmen, bis hin zur Vereinbarkeit von
89 Familie und Beruf. Wirtschaftspolitik betrifft alle Fachbereiche im Bezirksamt
90 und muss endlich den Stellenwert bekommen, den sie verdient.

91 Wir wollen die weichen Standortfaktoren im Bezirk, wie gepflegte Grünanlagen und
92 ein reichhaltiges Kulturangebot, ebenso stärken wie Orte des Austauschs und des
93 Netzwerkers, um Gründer*innen zu unterstützen. Wir wollen eine nachhaltige
94 Tourismusentwicklung, die allen Menschen im Bezirk zugutekommt. Hierzu werden
95 wir in den touristischen Hotspots die Interessensgemeinschaften vor Ort
96 weiterentwickeln und unerschlossene Potenziale in den anderen Bezirksregionen
97 erschließen. Wir möchten, dass mehr Menschen vom Wirtschaftsaufschwung
98 profitieren. Daher werden wir arbeitsmarktpolitische Maßnahmen stärker auf die
99 Bedürfnisse der Unternehmen abstimmen, damit offene Stellen besetzt und auch
100 Menschen in schwieriger Lage Perspektiven eröffnet werden.

101 Darüber hinaus möchten wir Menschen aus der Armut und geringer Beschäftigung
102 holen. In Berlin-Mitte leben hunderttausend Menschen, die auf die Unterstützung
103 des Jobcenters oder des Sozialamtes angewiesen sind. Für uns sind das
104 hunderttausend zu viel. Wer Hilfe braucht, hat nicht nur Anspruch auf Hilfe,
105 sondern auch auf offene Türen in den Ämtern sowie auf gute Beratung. Das geht
106 nur mit genug Personal und daran wollen wir nicht sparen. In jeder Familie
107 wollen wir mindestens eine Person in Arbeit oder Ausbildung bringen. Für
108 diejenigen, die im Arbeitsmarkt in der „freien Wirtschaft“ nicht mithalten
109 können, sollen Bezirksamt und Senat verlässliche Arbeitsmöglichkeiten schaffen.
110 Durch Anpassungsqualifizierung beim Jobcenter und Überzeugung der
111 Arbeitgeber*innen wollen wir den Übergang vom Minijob zur Vollzeitstelle
112 bewirken. Dadurch wollen wir auch einen Beitrag gegen die steigende Armut trotz
113 Arbeit und die hohe Altersarmut im Bezirk leisten.